

Regierung plant radikale Pensionseinschnitte: So betroffen sind Sie!

Die neue Regierung plant Einsparungen bei Pensionen, um ein 18-Milliarden-Euro-Defizit zu bewältigen. Änderungen ab 2025.



Österreich - Österreichs Regierung, bestehend aus ÖVP, SPÖ und NEOS, plant drastische Reformen im Pensionssystem, um ein alarmierendes Defizit von 18 Milliarden Euro in den kommenden sieben Jahren zu stemmen. Wie Kosmo berichtete, stehen bei diesen Reformen umfassende Einsparungen im Pensionsbereich im Fokus, darunter eine Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge auf sechs Prozent. Ziel ist es, bis 2031 rund 2,9 Milliarden Euro im Pensionssystem zu sparen und das tatsächliche Renteneintrittsalter anzuheben.

Pensionsreform und Aliquotierung

Um die finanziellen Ziele zu erreichen, plant die Regierung, das Durchschnittsalter für den Renteneintritt zu steigern. Derzeit liegt es bei Männern bei 62,3 und bei Frauen bei 60,2 Jahren, deutlich unter dem gesetzlichen Mindestalter. Künftig sollen Arbeitnehmer erst mit 63 Jahren in Pension gehen dürfen, wobei die Anzahl der erforderlichen Versicherungsmonate von 480 auf 504 angehoben wird. Diese Maßnahmen und die damit verbundene Reform der sogenannten Korridorpension stehen zur Diskussion. Der Pensionistenverband kritisiert, dass diese Neuregelung, die eine gleichmäßige Aliquotierung der ersten Inflationsanpassung vorsieht, insbesondere für Neupensionisten eine ungleiche Belastung darstellen könnte, da bereits 50 Prozent der Erhöhung verloren gehen könnten, wie 5 Minuten feststellte.

Zusätzlich zur Erhöhung des Eintrittsalters will die Regierung Anreize schaffen, damit ältere Arbeitnehmer länger im Beruf bleiben, unter anderem durch Steuererleichterungen für Arbeitgeber. Zudem ist eine neue Teilpension in Planung, die es ermöglicht, die Arbeitszeit nach 42 Arbeitsjahren zu reduzieren, ohne ganz aus dem Berufsleben auszuscheiden. Kritiker wie Walter Pöltner mahnen jedoch, dass die Einsparmaßnahmen ohne notwendige Strukturreformen unzureichend sein könnten und fordern eine gründliche Überarbeitung des Pensionssystems, um auf lange Sicht finanzielle Stabilität zu gewährleisten.

Details	
Ort	Österreich
Quellen	• www.5min.at
	www.kosmo.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at